Selbstverständlich wird ein etwaiges ungerechtfertigtes Vorgehen gegen die Unternehmen eines Mitgliedstaats gemäß den im Rahmen der Institutionen der Gemeinschaft vorgesehenen Verfahren behandelt werden.

Die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten zu Chile werden durch das Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit geregelt. So ist in Artikel 33 Absatz 2 dieses Abkommens vorgesehen, daß der Gemeinsame Rat, der aus den Mitgliedern des Rates und Mitgliedern der Kommission sowie Vertretern Chiles besteht, wichtige Fragen sowie alle anderen bilateralen und internationalen Fragen von gemeinsamem Interesse im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens prüft. Mit diesem Abkommen sollen die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Chile gestärkt werden, und die Kommission wird ihr Möglichstes unternehmen, um das Niveau und die Qualität dieser Beziehungen zu bewahren und zu verbessern.

(2000/C 170 E/102)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1742/99

von Alexandros Alavanos (GUE/NGL) an die Kommission

(1. Oktober 1999)

Betrifft: Bau eines Atomreaktors in der Region von Akuyu in der Türkei

Das katastrophale Erdbeben der Stärke 7,4 auf der Richterskala, das sich vor kurzem im Nordosten der Türkei ereignet hat, und das Erdbeben, das sich im letzten Jahr in Adana (Stärke 6) ereignet hat, haben erneut starke Besorgnisse laut werden lassen über die Risiken künftiger Erdbeben für die ohnedies erdbebengefährdete Region von Akuyu, wo die Türkei den Bau eines Atomreaktors plant. Diese Region ist 27 km von der Stelle der seismischen Verwerfung – Ecemis – entfernt. Bekanntermaßen hat die Europäische Union kein Mitspracherecht bei den Verhandlungen über die Standortwahl für Kernreaktoren, aber diese Tatsache ist wohl kaum dazu angetan, die Bürger in der Türkei und ihren Nachbarländern bezüglich der Risiken eines etwaigen Reaktorunfalls aufgrund äußerst starker Erdbeben in dieser genannten Region zu beruhigen.

Kann die Kommission mitteilen, mit welchen Maßnahmen sie Druck auf die Türkei ausüben will, um diese zu einer anderen Lösung ihres Energieproblems zu bewegen, und welche Initiativen sie konkret ergreifen will?

Antwort von Herrn Verheugen im Namen der Kommission

(11. November 1999)

Der Herr Abgeordnete wird auf die Antwort der Kommission auf die schriftliche Anfrage P-1423/99 von Herrn Trakatellis⁽¹⁾ verwiesen.

⁽¹⁾ Siehe Seite 9.

(2000/C 170 E/103)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1744/99

von Carmen Cerdeira Morterero (PSE) an die Kommission

(1. Oktober 1999)

Betrifft: Angriffe auf Homosexuelle

In letzter Zeit erlebten wir eine Zunahme der Angriffe auf die Gemeinschaften der Schwulen und Lesben in ganz Europa. Vorkommnisse wie der Abschluß eines Sprengkörpers auf ein Schwulenlokal in der Stadt Gijón am 1. August 1999 oder der Terroranschlag auf ein gleichartiges Lokal in London, bei dem es mehrere Tote gab, sind wahrhaft besorgniserregend.

Diese Angriffe wiegen besonders schwer in einem Gebiet wie der Europäischen Union, wo der Schutz der Menschenrechte ein grundlegendes Thema ist, und noch dazu in einem Moment, in dem man mit der Ausarbeitung einer Europäischen Charta der Grundrechte befaßt ist.

Ferner umfassen die Grundverträge der Europäischen Union Grundsätze wie die Freiheit, das Recht und die Achtung jeder religiösen, politischen oder sexuellen Ausrichtung sowie die Nichtdiskriminierung aufgrund derartiger Gründe.

In diesem Sinne bietet der neue Artikel 13 des Vertrags von Amsterdam die Möglichkeit, daß der Rat auf Vorschlag der Kommission angemessene Aktionen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Neigung (unter anderem) annehmen kann. Deshalb erfordern solche bedauerlichen Ereignisse eine klare und ernste Antwort seitens der Europäischen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, der wahren Hüterin der Verträge.

Die Kommission:

1. Kann sie dem zufolge Angaben machen über die Anzahl von Angriffen im Zeitraum von 1995 bis heute gegen Schwule, Lesben und Transsexuelle innerhalb der Europäischen Union und in den einzelnen Mitgliedstaaten?
2. Welche Initiativen gedenkt sie zu ergreifen, um dieser Art von Aggression vorzubeugen und sie zu verhindern?

Antwort von Frau Diamantopoulou im Namen der Kommission

(3. November 1999)

1. Die Kommission verfügt nicht über die gewünschten Informationen.

Was die Problematik der Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung anbelangt, so hat die Kommission im Jahr 1998 einen unter dem Titel „Gleichstellung von Lesben und Schwulen“ veröffentlichten Bericht der Internationalen Lesben- und Schwulenvereinigung (ILGA) kofinanziert, der einen umfassenden Überblick über die rechtliche und soziale Situation von Lesben und Schwulen in den 15 Mitgliedstaaten gibt. Die Kommission übermittelt der Frau Abgeordneten und dem Sekretariat des Parlaments den Bericht auf direktem Wege.

2. Artikel 13 EG-Vertrag (ex-Artikel 6a) ermächtigt den Rat, auf Vorschlag der Kommission geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Diskriminierungen – u. a. solche aus Gründen der sexuellen Ausrichtung – zu bekämpfen. Nach umfassenden Konsultationen beabsichtigt die Kommission, auf der Grundlage von Artikel 13 in Kürze ein aus Legislativvorschlägen und einem Aktionsprogramm bestehendes Paket von Antidiskriminierungsmaßnahmen vorzuschlagen.

(2000/C 170 E/104)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1745/99

von Isidoro Sánchez García (ELDR) an den Rat

(1. Oktober 1999)

Betrifft: Einwanderung. Regionen in äußerster Randlage

Trotz der guten Absicht, die der Rat in den letzten Jahren zu erkennen gab, eine angemessene Politik im Bereich Migration und Asyl durchzuführen, kommt es zu illegaler Einwanderung, wobei die Einwanderer das Gebiet der Europäischen Union in einigen Regionen in äußerster Randlage nahe dem afrikanischen Kontinent, wie z.B. Kanarische Inseln, betreten.

Inwieweit gedenkt der Rat die gemeinschaftliche Strategie zur Kontrolle dieser Art von Einwanderung zu konkretisieren, und welches operationelle Programm soll gegebenenfalls in dieser besonderen Grenzregion durchgeführt werden?

Antwort

(7. Dezember 1999)

1. Die Anfrage des Herrn Abgeordneten bezieht sich einerseits auf die Maßnahmen des Rates hinsichtlich der Kontrollen der Mitgliedstaaten an den Luft- und Seeaußengrenzen und andererseits auf die Ursachen für Flucht und Migration aus einigen afrikanischen Ländern.